

Zeitschrift: Hochparterre : Zeitschrift für Architektur und Design
Herausgeber: Hochparterre
Band: 20 (2007)
Heft: 9

Artikel: Sparplan für Baudenkmäler
Autor: Husche, Katja
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-123267>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sparplan für Baudenkmäler

Text: Katja Hasche

Fotos: Schweizer Heimatschutz

Denkmalpfleger haben sowieso schon ein Imageproblem, jetzt soll ihnen auch noch das Budget gekürzt werden. Die nun geplante Streichung der Bundesgelder geht aber an die Substanz. Zudem soll die Denkmalpflege ein Teil der Kulturförderung werden – zum Nachteil der Baukultur.

• Altstädte, Burgen und Schlösser, Kirchen und Klöster – die Kulturgüter, mit denen die Schweiz im Ausland wirbt, haben hierzulande einen schweren Stand. Während Kantone, Gemeinden und Eigentümer in schützenswerte Bauten investieren, stiehlt sich der Bund davon. Vor zwanzig Jahren standen der Denkmalpflege und dem Heimatschutz rund 56 Millionen Franken aus dem Bundeshaushalt zu. Dann kamen die ersten Streichkonzerte. Für zehn Jahre konnte die Denkmalpflege auf ein jährliches Bundesbudget von 38 Millionen Franken zählen. Einen gravierenden Einschnitt gab es 2003, als das Bundesamt für Kultur das Geld zugunsten der Filmförderung und anderer Projekte auf 26 Millionen Franken kürzte. Ab nächstem Jahr sollen nun weitere 5 Millionen Franken abgehen unter dem Titel (Finanzkraftzuschläge). Diese Zuschläge werden den Kantonen zwar zur Verfügung gestellt, jedoch ohne Zweckbindung. Das heisst, das Geld kann auch für anderes, beispielsweise den Strassenbau, verwendet werden. Sind wir pessimistisch, blieben also noch 21 Millionen Franken. Und damit nicht genug, denn dieser Betrag soll nur für schon unterstützte Projekte eingesetzt werden können. Der Bund will so bis Ende 2011 seine ausstehenden Verpflichtungen von rund 78 Millionen Franken abtragen. Für neue Projekte gibt es nichts mehr.

Systemwechsel mit Buchhaltertrick

Grund für den Abbau ausstehender Verpflichtungen ist ein Systemwechsel. Ab 2012 soll die Denkmalpflege neu organisiert und finanziert werden. Bundesgelder werden dann für Programmvereinbarungen ausgerichtet. Gleich wie im Natur- und Landschaftsschutz sollen diese Programme in Vierjahreszyklen plus / minus null abschliessen. Um in vier Jahren bei null anfangen zu können, will der Bund jetzt seine offenen Verpflichtungen abbauen. Haushaltstechnisch mag dies vernünftig scheinen. Für die Denkmalpflege ist dieser Investitionsstopp jedoch ein Desaster. «Ohne Bundesmittel kann bereits kurzfristig keine seriöse Denkmalpflege mehr betrieben werden», hält Brigitte Frei-Heitz, Denkmalpflegerin Kanton Basel-Landschaft, fest. Dringend anstehende Sanierungen, wie zum Beispiel die geplante Renovation der Klosterkirche Disentis, sind gefährdet. Für die Kathedralen in Bern, Lausanne oder Freiburg sind Schäden vorprogrammiert, da der Sandstein regelmässig gepflegt werden muss. Auch das Kloster



1

Müstair wird die fehlenden Bundesgelder, die bisher rund die Hälfte der laufenden Restaurierungskosten ausmachen, sehr schmerzhaft spüren.

Doch solche Leuchttürme der Baukultur finden zur Not da und dort etwas Geld – ernst wird es für die breite Masse einfacherer Baudenkmäler. Leer stehende Patrizierhäuser werden es wegen ausbleibender Unterstützung schwer haben, Investoren zu finden. Zahllose Dorfkirchen, die der Bund bisher unterstützt hat, werden verfallen. Auch die Pflege von Ortsbildern mit Steinplattendächern zum Beispiel sind gefährdet. Wie stark die Auswirkungen sind, hängt von den Kantonen ab. In einigen Fällen können diese auf Finanzquellen wie Lotteriefonds oder je nach Gesetz auf Steuergelder zurückgreifen. Drastisch aber werden kleinere Kantone wie Solothurn, Appenzell Ausserrhoden oder Jura die Kürzungen zu spüren bekommen.

Denkmal ist nicht gleich Kulturförderung

Doch es geht nicht nur ums Geld. Der täglichen Arbeit wird der Wechsel auf die Vereinbarungen Probleme bereiten. Vierjahresprogramme wie im Natur- und Landschaftsschutz sind nicht auf die Denkmalpflege übertragbar. Da Denkmäler prägnante Einzelobjekte sind, lassen sie sich nicht so leicht über einen Kamm scheren wie beispielsweise Hochmoore. Zudem müssen Sanierungen oft kurzfristig geplant werden; meist löst ein privater Eigentümer sie aus, und der hat anderes als einen Vierjahresplan im Kopf. Aber das Bundesamt für Kultur will das System wechseln und so den Weg für das neue Kulturförderungsgesetz ebnen. In Zukunft will das Amt alle vier Jahre eine Kulturbotschaft für seine Geschäfte formulieren – da gibt es keinen Platz für die Eigenheiten des Denkmals, das zu pflegen überdies Teil der Kulturförderung werden soll. Dies beurteilt die Vereinigung der Schweizer Denkmalpfleger und Denkmalpflegerinnen kritisch. «Verfassungsgemäss bilden Denkmalpflege und Heimatschutz genauso eigenständige Bereiche wie die Kulturförderung», betont der Präsident Georg Frey. Wie die Erfahrungen zeigten, werde die Unterordnung verhängnisvolle Konsequenzen haben. «Wenn die Kulturpflege aus dem gleichen Topf finanziert wird wie die Kulturförderung, kann sich dies leicht zu Ungunsten der Denkmalpflege auswirken.» Für die Denkmalpflege rächt sich, dass es keine Fachstelle gibt, die gleichermassen politisches wie fachliches Gewicht hat.

Der Entscheidung, die Denkmalpflege in das Kulturförderungsgesetz zu packen, kam Anfang dieses Jahres auf den Tisch. Alle waren überrumpelt. Auch den Investitionsstopp empfinden die kantonalen Denkmalpfleger als Affront, nachdem Bund und Kantone jahrelang über Bedingungen für den neuen Finanzausgleich diskutiert hatten. Erste Politiker regen sich nun. Ständerätin Christiane Langenberger (FDP) hat eine Interpellation beim Bundesrat eingereicht, in der sie auf die verheerenden Auswirkungen für öffentliche und private Eigentümer hinweist. Nationalrat de Buman (CVP) hat eine Motion verfasst, in der er fordert, das Bundesbudget für nächstes Jahr aufzustocken. «Eine Kürzung der Gelder für Denkmalpflege und Heimatschutz ist kulturell, aber auch wirtschaftlich falsch», ist de Buman überzeugt. Investiere man vier Jahre lang nichts, müsse man nachher weitaus grössere Mittel aufwenden, um Schäden zu beheben. Ausserdem entmutige der Stopp private Eigentümer, selbst Geld in die Hand zu nehmen. Immerhin löst ein Subventionsfranken in der Denkmalpflege ein sieben- bis neunfach höheres Investitionsvolumen aus. Statt die ausstehenden Verpflichtungen über Jahre abzuzahlen, schlägt de Buman vor, die Gelder zum Beispiel auf Kosten der Staatsrechnung 2007 abzuschreiben.

Eine Arbeitsgruppe, geleitet vom Schweizer Heimatschutz, bemüht sich, die Debatte warm zu halten. Philipp Maurer, der Geschäftsführer, will ein verstärktes Lobbying und mehr Öffentlichkeitsarbeit. Da habe man bisher zu wenig getan. Aufgrund der politischen Brisanz mag das erstaunen. Lernen können er und die Seinen von allen: von den Bauern über die Autofahrer bis zu den Gebirgskantonen. Aber die Denkmalpflege hat ein Imageproblem. Sie ist nicht so sympathisch wie der Tier- oder Naturschutz, nicht so sexy wie die Kulturförderung und hat kein Aushängeschild wie das Filmfestival in Locarno. Auflagen des Denkmalpflegers sind zudem für einen privaten Bauherrn oft unbequem. Ihr Anliegen des sorgsamsten Umgangs mit dem Bestand steht quer zum Gepolter der Politiker, die das als Verhinderung des Fortschritts verrufen. Ihre Aushängeschilder aber – die Kulturlandschaften, Ortsbilder und Denkmäler – sind für die Schweiz, ihre Eigenart und ihr Selbstverständnis wichtig und sie haben nicht zuletzt für den Tourismus einen grossen Wert. Philipp Maurer wird also guten Mutes seine Lobby für die Baukultur über Fachleute und Politiker hinaus abstützen können. •

1 Die Reorganisation der eidgenössischen Denkmalpflege bedroht nicht in erster Linie die nationalen Monumente, sondern Kleinode wie das «Türelhus» in Valendas.

2 Auch das historische «Hotel Meyerhof» im Urner Hospental gerät in Gefahr.

3 Für die «Casa Avanzini» in Curio gibt es zwar neue Ideen, doch auch für diese Sanierung fehlt wohl künftig das Geld.



2



3